

Mattfeldt, Harald

Working Paper

Die gesamtwirtschaftliche Liquiditätsklemme der DDR-Wirtschaft: Makroökonomische Anmerkungen zum 15. Jahrestag der deutsch-deutschen Währungsunion

ZÖSS Discussion Paper, No. 02

Provided in Cooperation with:

University of Hamburg, Centre for Economic and Sociological Studies (CESS/ZÖSS)

Suggested Citation: Mattfeldt, Harald (2005) : Die gesamtwirtschaftliche Liquiditätsklemme der DDR-Wirtschaft: Makroökonomische Anmerkungen zum 15. Jahrestag der deutsch-deutschen Währungsunion, ZÖSS Discussion Paper, No. 02, Universität Hamburg, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/44934>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ZÖSS

ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN



Discussion Papers

ISSN 1868-4947/02

HARALD MATTFELDT

**DIE GESAMTWIRTSCHAFTLICHE
LIQUIDITÄTSKLEMME DER DDR-WIRTSCHAFT.
MAKROÖKONOMISCHE ANMERKUNGEN
ZUM 15. JAHRESTAG DER DEUTSCH-DEUTSCHEN
WÄHRUNGSUNION**

ZÖSS Discussion Paper No. 02

Redaktion:

Dipl.-Sozialökonomin Marcelle Weber
ZÖSS - Department Wirtschaft und Politik
Universität Hamburg
Von-Melle-Park 9
D – 20146 Hamburg

Im Internet: www.zoess.de

Ziel der folgenden Anmerkungen ist nicht das erneute Jammern über die derzeitigen Zustände im vereinten Deutschland, sondern Aufklärung über einen Tatbestand, der in der politischen wie wissenschaftlichen Aufarbeitung der Transformationsperiode in Deutschland bisher kaum beachtet wurde.

1. Am 1. Juli 2005 jährte sich zum 15. mal der Tag der deutsch-deutschen Währungsunion. Ein Grund zum öffentlichen Lob und Feiern, wie in den vergangenen Jahren von Politik und Medien oft geschehen, war dies, anders als in den vergangenen Jahren, offenbar nicht mehr. In den Medien tauchte dieses „Jubiläum“ jedenfalls nicht mehr auf. Dabei ist der 1. Juli 1990 – und nicht der Vereinigungstag vom 3. Oktober 1990 – das eigentliche „Geburtsdatum“ eines in Geschwindigkeit und Ausmaß einmaligen Niedergangs einer gesamten Volkswirtschaft. In der gesamten Weltgeschichte hat es so etwas bisher nicht gegeben. In ihrer Wirkung übertrifft diese Währungsunion bei weitem die vielen weiteren grundsätzlichen und handwerklichen Fehler, die nach der Vereinigung von den politisch Verantwortlichen gemacht wurden, etwa die „Rückgabe vor Entschädigung“-Regelung oder die Behandlung der sog. Altschulden.

Die Einführung der D-Mark in der DDR bedeutete im Vergleich zur Wertsubstanz der DDR-Mark eine **sofortige** und **dauerhafte** Aufwertung um 300 bis 400 Prozent. Wer aus der Geschichte weiß, welche Auswirkungen bereits sehr viel geringere Aufwertungsprozente und -phasen für die Ökonomie eines Landes und damit für die Gesellschaft insgesamt haben können, wird nachvollziehen können, wie zerstörerisch dieser Aufwertungsschock für den Wettbewerb der DDR-Waren wirken musste. Wenn zusätzlich und sehr kurzfristig – also nicht nur unter Preis- und Kostengesichtspunkten, sondern wegen der veränderten Präferenzstrukturen der DDR-BürgerInnen – die Nachfrage nach den eigenen Produkten wegbricht, multipliziert dies noch einmal die Wirkung dieser Aufwertung.

2. Die Auswirkungen der Währungsunion sind vom Wirtschaftsfeuilleton wie von der Wissenschaft vielfältig geschildert und untersucht worden. Schnell wird dabei von der Ursachenanalyse auf die Schuldzuweisung umgeschaltet. Fast immer wird auch darauf hingewiesen, dass zahlreiche Sachverständige aus Wirtschaft und Wissenschaft rechtzeitig auf die möglichen Folgen aufmerksam gemacht hätten, etwa der damalige Bundesbankpräsident Pöhl. Hinsichtlich der politischen Entscheidung, die D-Mark ohne jedwede Übergangsregelungen „über Nacht“ einzuführen, wird ständig wiederholt, dass der möglichst schnelle Übergang zur D-Mark ja von der DDR-Bevölkerung gefordert wurde, letztendlich die Schuld bei ihnen selbst liege. Die Sprüche „Kommt die D-Mark nicht zu uns, kommen wir zu Euch!“

hatten die verantwortlichen Politiker im Westen sowie die de Maiziere-Regierung im Osten offenbar so erschreckt, dass sie vergaßen, sich über die gravierenden Folgen dieses Vorgehens für Ost- wie Westdeutschland Gedanken zu machen. Der Verfasser ist fest davon überzeugt, dass eine nachhaltige Aufklärung (zehn allgemeinverständliche einstündige Sendungen auf allen öffentlich-rechtlichen Kanälen des Fernsehens in Ost und West) mit einer anschließenden öffentlichen Diskussion zu verträglicheren Lösungen geführt hätte. Dies hätte mindestens eine halbe Million weniger Arbeitslose in der ehemaligen DDR sowie eine Transferersparnis von (bis heute) 500 Milliarden DM gebracht – und keine rechtsradikalen Parteien in die Landtage der neuen wie der alten Bundesländer gebracht. **Gerade die schnell einsetzende Wirkung der Währungsunion hat dazu geführt, dass die von der Politik ins Auge gefasste spätere Vereinigung der beiden deutschen Staaten um Monate, wenn nicht Jahre vorgezogen werden musste.** Nach der Währungsunion und ihren schnell einsetzenden brutalen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen auf die DDR-BürgerInnen gab es nur noch die Option eines voreiligen staatlichen Zusammenschlusses. Die Diskussion darum gab es zwar schon vorher, gewann ihre Heftigkeit aber erst nach dem 1. Juli 1990. Zu diesem Datum war die Politik wie die BürgerInnen der BRD und der DDR noch davon ausgegangen, dass der Vereinigungstermin sehr viel später liegen würde. **Die Währungsunion wirkte wie ein Brandbeschleuniger.**

3. In der Diskussion um die Währungsunion und um das Umtauschverhältnis zwischen DDR-Mark und D-Mark, d.h. in zentralen Punkten des 1. Staatsvertrages spielte der Aspekt einer möglichen mangelhaften gesamtwirtschaftlichen Geld- und Liquiditätsversorgung **unmittelbar nach dem Tag des Eintritts** in die Währungsunion weder in der Öffentlichkeit noch bei den Verhandlungen eine erkennbare Rolle. Dies gilt sowohl für die alte BRD wie die DDR, und zwar weder bei der Regierung noch der Opposition.

Die ehemalige FDP-Abgeordnete und (inzwischen ebenfalls frühere) SPD-Abgeordnete Ingrid Matthäus-Meier, die als Erfinderin der schnellen Währungsunion gilt sowie viele andere in Regierung und Opposition haben in der Diskussion um eine schnelle Währungsunion an keiner Stelle auf die Notwendigkeit einer ausreichenden **gesamtwirtschaftlichen** Liquiditätsversorgung der DDR, d.h. insbesondere der DDR-Betriebe nach dem 1. Juli 1990 hingewiesen. Die historisch nachvollziehbare Furcht der Deutschen vor einer durch die DDR-Bevölkerung induzierten Nachfrageinflation nach dem Beginn der Währungsunion – durch die Bundesbank und andere „Sachverständige“ ausgelöst – bestimmte die geldmengenpolitische Ausrichtung in der Übergangsphase. Die reale Gefahr eines durch eine zu geringe Liquiditätserstausstattung der Betriebe der DDR hervorgerufenen gewaltigen „monetaristischen“ Schocks und einer dadurch bewirkten massiven, aber notwendigen Schuldenaufnahme mit ihren

Langzeitwirkungen wurde völlig verdrängt. Eine selbst nur kurzfristige Liquiditätsklemme der DDR-Betriebe mit einer massenhaften Zahlungsunfähigkeit von DDR-Betrieben würde und musste – zusätzlich zur Wirkung der Aufwertung – den beschleunigten Verlust von Arbeitsplätzen selbst in grundsätzlich überlebensfähigen DDR-Unternehmen nach sich ziehen. **Solch eine Situation würde den schnellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik geradezu erzwingen.** Eine Regierung bzw. eine (DDR-) Zentralbank, die das in einem Land von der Größenordnung der DDR umlaufende Geld nicht selbst regulieren kann, ist insbesondere in der Währungsumstellungsphase auf die Liquiditätszufuhr von außen, vom Geldsouverän des damals noch anderen deutschen Staates und dessen Geldschöpfungsvorgaben und -zugeständnissen abhängig.

Niemand sollte sich damit herausreden, dass der Prozess des Übergangs von einer Planwirtschaft zur Marktwirtschaft so einmalig sei, dass der ökonomische Sachverstand ausgeschaltet werden muss und damit Anfangsfehler unvermeidlich seien. Jahrzehntlang gab es in der BRD (alt) Gremien, sogar ein eigenes Ministerium („für gesamtdeutsche Fragen“), die sich hauptberuflich mit diesem „Fall“ beschäftigen bzw. beschäftigen sollten. Mehrere umfangreiche Forschungsprojekte, Dissertationen und Habilitationen könnten sich mit der Tätigkeit dieser Institutionen befassen und es wäre außerordentlich interessant, einmal herauszufinden, wie denn die ökonomischen Vorstellungen bei den Wiedervereinigungsszenarien dieser Institutionen ausgesehen haben.

Der genannte Problembereich, also die gesamtwirtschaftliche Geldversorgung, gehört zu den zentralsten Fragen jedes marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftssystems. Jeder Student der Wirtschaftswissenschaften lernt schon in den ersten Semestern, wie wichtig die Geldversorgung einer Volkswirtschaft ist und wovon sie abhängt (Bevölkerungszahl, Wertschöpfung und Umsatz, Zentralbankgeldmenge, Umlaufgeschwindigkeit, Bargeldverhalten der Wirtschaftssubjekte, Bedeutung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, Liquiditäts- und Risikovorsorge, Konzentrations- und Zentralisationsgrad in einer Volkswirtschaft etc.). Eigene Institutionen, die Zentralbanken, sind dafür geschaffen und mit erheblichen Befugnissen – in der BRD sogar politisch unkontrolliert und über bzw. neben der Verfassung angesiedelt – ausgestattet worden, die ausreichende Geldversorgung von Volkswirtschaften zu organisieren und laufend zu steuern. Nicht zufällig befassen sich wichtige Teilbereiche der Wirtschaftswissenschaften seit Beginn dieser Disziplin damit. Die Frage einer ausreichenden Geldversorgung spielt wirtschaftspolitisch eine zentrale Rolle, nicht nur unter stabilitäts- (Inflation) und konjunkturpolitischen Aspekten.

Das Problem der ausreichenden Liquiditätsversorgung ist erst recht für den Prozess des Übergangs von einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft von überragender Bedeutung. Verstärkte Aufmerksamkeit verdient diese Frage dann, wenn eine Übergangsgesellschaft ihren Transformationsprozess nicht allein und souverän steuern kann, sondern wenn die angemessene Liquiditätsversorgung in dieser Phase von einem Zahlungsmittel abhängt, welches der „Übergangsstaat“ nicht selber schaffen kann. Jede wirtschaftspolitische Entscheidung in dieser Frage berührt die Interessen der Wirtschaftssubjekte des betroffenen Staates und seiner Ökonomie und die des „Geldgeber-Staates“ und seiner Wirtschaft unmittelbar. Die Interessenbündel beider Staaten werden aber nicht notwendigerweise immer kompatibel sein.

4. Wenn der bundesrepublikanischen Volkswirtschaft über Nacht nur noch ein Viertel der Geldmenge M1 (Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Banken und Sichteinlagen von Nichtbanken) im Vergleich zum Vortag zur Verfügung stünde, würde ein großer Teil der bundesrepublikanischen Unternehmen und Haushalte gravierendste Liquiditätsprobleme bekommen. Die Zahlungsketten zwischen den Unternehmen untereinander und den Unternehmen und Haushalten sowie dem Staat und den Parafisci würden reißen. Könnten diese Entwicklungen nicht durch ein leistungsfähiges Bankensystem mit entsprechenden Reserven hinsichtlich ihrer Geld- und Kreditschöpfungsfähigkeiten abgepuffert werden, stünde selbst den gesündesten Unternehmen die Zahlungsunfähigkeit ins Haus. Dies ist die Situation, in der die DDR-Wirtschaft unmittelbar nach dem 1. Juli 1990 gebrachte wurde.

Die (alte) Bundesrepublik erwirtschaftete im Jahre 1989 ein nominales Bruttosozialprodukt von ca. 2,2 Billionen DM, monatlich damit durchschnittlich von ca. 184 Mrd. DM. Um die dahinter stehenden Käufe und Verkäufe mit entsprechenden Zahlungsmitteln zu versehen, standen über 430 Mrd. DM Geldmenge M1 durchschnittlich monatlich zur Verfügung, also das 2,2-fache des monatlichen Sozialprodukts. Die Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge M1 (eine etwas problematische volkswirtschaftliche Größe, weil Bestands- und Stromgrößen aufeinanderbezogen werden) als Quotient aus Sozialprodukt und M1, auf das Jahr 1989 bezogen, lag bei fünf, d.h. unter den Bedingungen des gut funktionierenden Bankensystems der Bundesrepublik wurde eine D-Mark M1 durchschnittlich fünfmal sozialproduktschaffend ausgegeben.

Gehen wir davon aus, dass das Bruttosozialprodukt der DDR im Jahr der Währungsunion nominal ca. 240 Mrd. DM betrug, monatlich also 20 Mrd. DM. Hätte die Geldmenge M1 der DDR eine ähnliche Größenordnung gehabt wie die der (alten) BRD, so müsste die Geldmenge M1 bei einer ähnlichen Umlaufgeschwindigkeit ca. 48 Mrd. DM betragen. Nun ist aber die Geldmenge M1 für die BRD und die DDR zusammen im 3. Vierteljahr 1990 nur um ca. 20 Mrd. gestiegen. Daraus kann geschlossen werden,

dass die für einen reibungslosen Zahlungsverkehr in der DDR vorhandene Geldmenge M1 viel zu gering war. Die umlaufenden Zahlungsmittel waren zumindest für die DDR-Betriebe, insbesondere unter dem Vorzeichen eines noch keinesfalls so reibungslos funktionierenden Bankensystems der DDR und ohne entsprechende Geld- und Kreditschöpfungsmöglichkeiten wie in der Bundesrepublik (alt), nicht ausreichend – völlig unabhängig von der „Gesundheit“ der einzelnen Betriebe in der DDR. Die Umlaufgeschwindigkeit, die bei dieser Liquiditätsausstattung hätte erreicht werden müssen, wäre doppelt so hoch gewesen wie in der alten BRD. Schon im Juli 1990 und bei einer Umstellung der Löhne von 1:1, der liquiden Mittel aber von 1:2 mussten die DDR-Betriebe bei den ersten DM-Lohnzahlungen Liquiditätsprobleme bekommen (und bekamen sie auch massiv), die sie nur durch Kreditaufnahme (übrigens zu Marktzinsen, obwohl Treuhand- bzw. Waigel- also staatsverbürgt) und/oder schnelle Entlassung von Beschäftigten bewältigen konnten.

5. Die nach der Umstellung von 7500 Treuhand-Betrieben (von insgesamt 8000) auf D-Mark beantragten Liquiditätskredite können als ein Indikator für diese prekäre Situation herangezogen werden. Das beantragte Volumen von 23,5 Mrd. DM zeigt, dass tatsächlich ein erheblicher Liquiditätsbedarf bestand. Die bewilligten Liquiditätskredite für die Betriebe der Treuhandanstalt waren, gemessen am Bedarf, mit rund 10 Mrd. DM viel zu gering. Da die Lohnkostenbelastung in den DDR-Betrieben bei 40 bis 50 Prozent lag, dürfte es allein für die Lohnzahlungen in der unmittelbaren Zeit nach dem 1. Juli 1990 einen weit höheren Liquiditätsbedarf gegeben haben. Einen weiteren, nicht geringen Liquiditätsbedarf verursachten die interbetrieblichen Zahlungsströme. Diese wurden aber dadurch, dass von der bewilligten Summe nur 41 Prozent hierfür verwendet werden durften, schnell und erheblich „ausgetrocknet“. Dies geschieht umso schneller und mehr, wenn größere Teile der Nachfrage und der dadurch üblicherweise bewirkten Liquiditätszufuhr an vielen Stellen aus den bisherigen Kreisläufen ausgesteuert und einem anderen Kreislaufsystem zugeführt werden, nämlich dem alt-bundesrepublikanischen. Dies verstärkt die sowieso schon vorhandenen Schwächeanfänge der Betriebe erneut. Ein Kreislauf, dem eine zu geringe Blutmenge zugeführt wird, kann sehr schnell zusammenbrechen!

Die Versorgung der Betriebe der Treuhandanstalt mit Liquiditätskrediten war also, gemessen am Bedarf, mit rund 10 Mrd. DM viel zu gering. Der größere Teil dieser Liquiditätskredite wurde zur Ausbezahlung der Löhne verwendet, fast 8 Mrd. DM. Da große Teile dieser Zahlungsmittel nicht in den DDR-Kreislauf zurückkehrten, sondern für Westwaren ausgegeben wurden und damit auf Konten von bundesrepublikanischen Betrieben landeten, auch von den DDR-Haushalten u.a. für den Urlaub außerhalb der DDR ausgegeben wurden, vergrößerten sich die Liquiditätsengpässe weiter. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn die liquiden Mittel für die interbetrieblichen Zahlungsströme selbst in den

„gesunden“ Teilbereichen der DDR-Wirtschaft nicht ausreichen. Zusammen mit dem Bestreben der DDR-BürgerInnen – und anders als angenommen – ihr Geld wegen der nach dem 1. Juli 1990 stark zunehmenden und berechtigten Angst vor Arbeitslosigkeit zusammenzuhalten und zusätzlich mit den gestiegenen Preisen bei insgesamt niedrigen Einkommen war von der Endnachfrage keine kurzfristige Entlastung der Liquiditätsprobleme zu erwarten. Nicht nur das geänderte Konsumverhalten der DDR-Haushalte verschärfte die Liquiditätssituation der DDR-Betriebe, sondern ebenso die schnell wachsende Arbeitslosigkeit nach der Währungsunion. Dieses den DDR-BürgerInnen aus eigener Erfahrung nicht bekannte Strukturelement kapitalistischer Marktwirtschaften verlangt eine zusätzliche Risiko- und Liquiditätsvorsorge, die zu Nachfrageausfall („Angstsparen“) führt und durch Absatzrückgänge als zusätzlicher Verstärker der Liquiditätsengpässe bei den Betrieben wirkt.

6. Im planwirtschaftlichen System der DDR gab es keine den Bedürfnissen marktwirtschaftlicher Systeme entsprechenden Liquiditätsrücklagen bei den Betrieben, die die Risiken und Unsicherheiten von Marktprozessen einzelwirtschaftlich abpuffern. Dies ist ein weiterer Faktor, der die Liquiditätsausgangslage kurz vor und gleich nach der D-Mark-Umstellung im schon erwähnten Verhältnis von 1:2 ungünstig beeinflusst. Zwar sanken die nominalen Preise bei den interbetrieblichen Käufen und Verkäufen, aber nicht in dem Maße wie die genannte "Abwertung" ihrer Bilanzposten und ihrer Bargeld- und Buchgeldpositionen. Selbst ein guter bzw. zufriedenstellender Auftragsbestand kann vor diesem Hintergrund nur wenig zur Verhinderung von Zahlungsunfähigkeit beitragen. Auch die viel zu langen Bearbeitungszeiten für das Stützungsverfahren bei Lieferungen in die RGW-Länder, ein nicht unerheblicher Nachfrageteil vieler DDR-Betriebe, haben die Liquiditätsprobleme der DDR-Betriebe nicht vermindert, zumal der Betrag in Höhe von 2 Mrd. DM dafür ebenfalls viel zu niedrig angesetzt war.

Werden Rechnungen innerhalb des Unternehmenssektors nicht beglichen, pflanzen sich die damit ausgelösten Zahlungsstockungen über die Verflechtungen der Betriebe untereinander fort. Bei drohender Illiquidität kommt es zu Auftragsstornierungen. Betrifft dies Zulieferungen, die für den Weiterbetrieb notwendig sind, kommt die Produktion zum Erliegen und die Überlebensfähigkeit der Betriebe ist gefährdet. Diese Situation insgesamt führte dazu, dass kurz nach der Währungsunion von der DDR als dem "Land der unbezahlten Rechnungen" gesprochen wurde.

7. Ein gestiegener Liquiditätsbedarf ergab sich zusätzlich aus den Bemühungen der Treuhandanstalt, Kombinate und volkseigene Betriebe zu entflechten und die Fertigungstiefe dieser Unternehmungen zu vermindern. Bisher durch interne Verrechnungen erfolgte "Zahlungen" wurden so in die Geld-Zahlungsströme einbezogen. Wenn aus dem früheren Kombinat Technisches Glas mit 12

Kombinatsbetrieben 18 selbständige GmbHs werden, dann erhöhen sich die interbetrieblichen, in Geld zu leistenden Zahlungen erheblich. Das ist aber nur möglich, wenn sich die insgesamt zur Verfügung stehenden betrieblichen und damit gesamtwirtschaftlichen Liquiditätsmittel erhöhen.

Da die Geldversorgung einer Volkswirtschaft, in ihren Ausgangsbedingungen wie in der quantitativen und qualitativen Rahmensetzung, von bewussten geld-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen abhängt, d.h. vom politischen System und der Zentralbank, können die genannten Mängel keineswegs durch den Markt allein und seiner betriebswirtschaftlich dominanten Logik bewältigt werden. Es hätte daher der bewussten, den Gesetzmäßigkeiten und (auch technischen) Möglichkeiten der Marktwirtschaft Rechnung tragenden Entscheidung bedurft, um mit dem gesamten, in den obigen Absätzen geschilderten Problemkomplex fertig zu werden. Deshalb war hier die Politik gefordert, um den durch die mangelnde Liquiditätsversorgung drohenden und sich beschleunigenden Zusammenbruch der gesamten DDR-Wirtschaft und ihrer unter marktwirtschaftlichen Bedingungen überlebensfähigen Teile zu verhindern. Ein Motor, dessen Schmiermittel kurzfristig stark verringert werden, bekommt einen "Kolbenfresser", bei dem sich dann nichts mehr bewegt und der danach nicht und nur mit erheblichen Kosten wieder in Gang gesetzt werden kann! Auch in diesem Fall gilt das Hysterese-Gesetz.

8. Diese Anmerkungen anlässlich des 15. Geburtstags der Währungsunion zeigen, dass die Hauptursache der Liquiditätsprobleme der DDR-Betriebe keineswegs in der oft genannten und als durchgängig angenommenen schlechten Wirtschaftslage der DDR und der Unvernunft ihrer Bürger bei ihrer Forderung nach einer schnellen Währungsunion lag. Es ist ebenfalls eine verkürzte und verkürzende Sichtweise, hauptsächlich die Strategie und konkrete Arbeit der Treuhandanstalt für die Misere der DDR-Wirtschaft verantwortlich zu machen. Für die Analyse der unmittelbaren Übergangsphase, aber noch unter dem Vorzeichen der formalen Eigenstaatlichkeit der DDR lenkt diese Argumentationsweise von denjenigen Politikern und sonstigen Entscheidungsträgern ab, die für die völlig unzureichende gesamtwirtschaftliche Liquiditätsversorgung der DDR-Betriebe in kurzen Zeit nach der Währungsunion verantwortlich waren.

Da der Verfasser in der Zeit unmittelbar nach der Bildung der de Maizière-Regierung und bis zum 3. Oktober 1990 im Wirtschaftsministerium der DDR gearbeitet hat, konnte er die zum Teil erschreckende Inkompetenz insbesondere auf der westdeutschen, der BRD (alt)-Seite bei der Diskussion der Liquiditätsproblematik miterleben. Gegenargumente wurden nicht ernst genommen. Der Versuch von einigen Mitarbeitern der de Maizière-Regierung, eine kurzfristige Erhöhung der Liquiditätsmenge für die DDR-Ökonomie um 30 Mrd. DM zu bewirken, insbesondere mit dem Hinweis auf das Zahlungsmittel-

crowding-out in die Bundesrepublik und auf den noch nicht ausreichend funktionierenden Mechanismus der privatwirtschaftlichen Geld- und Kreditschöpfung, war erfolglos. Die Inflationsängste der BRD-Seite und Vorurteile gegenüber vielen Personen in der damaligen DDR-Exekutive waren zu ausgeprägt. Dabei hätten bei nicht erwünschten Entwicklungen überschüssige Summen problemlos wieder abgeschöpft werden können. Die genannte Größenordnung stellte jedenfalls keine Inflationsgefahr dar.

9. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Erkennen und Beseitigen der Liquiditätslücken der DDR-Betriebe in der unmittelbaren Phase der Währungsumstellung eine Aufgabe der damaligen Politiker gewesen wäre. Die Treuhandanstalt konnte dieses Problem nicht lösen. Die einzel- und gesamtwirtschaftlichen, die sozialen und politischen Kosten der sich in der Übergangsphase laufend wiederholenden monatlichen Mund-zu-Mund-Beatmung durch immer weitere Verschuldung konnte keine Lösung sein, war auch keine, zumal wenn die fehlenden liquiden Mittel auf den privaten Kreditmärkten besorgt werden mussten und – obwohl staatsverbürgt – zu marktüblichen Zinsen! Die unzureichende Liquiditätserstausstattung der DDR-Betriebe und das Schließen der auftretenden Liquiditätslücken durch Kredite belasteten die um ihr marktwirtschaftliches Überleben kämpfenden Betriebe durch die zu zahlenden Zinsen zusätzlich. Da für diese Kredite von der Treuhand bzw. von bundesrepublikanischen Regierungsstellen (Finanzministerium) Bürgschaften übernommen werden mussten, ließen die damit verbundenen Folgeprobleme nicht lange auf sich warten. Im Bürgschaftsfall kam es deshalb zu zusätzlichen Belastungen des Treuhand- bzw. Bundeshaushalts. Mit dem Beitritt der DDR im Oktober 1990 wurden die Folgen der Liquiditätsunterversorgung der DDR in der unmittelbaren Phase nach der Währungsunion ein Erbe, das das vereinigte Deutschland noch lange mit sich schleppen wird und mit den bekannten langfristigen Wirkungen für (fast) alle!